

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Interview Dieter Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	1
Service-Stelle „VIELFALT_unternehmen“	2
Qualifizierung für Akademiker in Weimar	2
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	3
Deutschland: Verfassungsgericht kippt Kopftuchverbot	3
Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden kaum gefördert	3
Broschüre: Willkommen in Deutschland jetzt in 13 Sprachen	3
Statistisches Bundesamt: Neuste Familiendaten	3
Fakten-Check zu islam- und einwanderungsfeindlichen Thesen in englischer Sprache	3
Neuregelung der Optionspflicht in Kraft	4
Berlin-Institut: Studie zur Versorgung auf dem Land	4
BAMF: Neuer Migrationsbericht erschienen	4
Eurobarometer-Umfrage: Deutsche sehen Einwanderungspolitik als wichtigste EU-Aufgabe	5
Erstes Europäisches Migrationsforum	5
NEUIGKEITEN DER EU	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Interview: Dieter Lauinger, Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Sehr geehrter Herr Minister, in dem Namen ihres Ministeriums steht zum ersten Mal die Migration an erster Stelle. Welche Bedeutung und Aufgaben sehen Sie darin?

Dass Migration im Namen an erster Stelle steht, war uns ein wichtiges politisches Zeichen. Wie ja die aktuellen Debatten zeigen, handelt es sich dabei um ein zentrales gesellschaftliches Thema. Die Landesregierung hat geschlossen erklärt, dass sie ihm eine besondere Bedeutung beimisst. Das hat sich symbolisch im Namen niedergeschlagen, inhaltlich ganz klar darin, dass die Migration zu einem unserer Arbeitsschwerpunkte wurde.

Was waren Ihre ersten Schritte und wie sehen die nächsten aus?

Als eine der ersten Amtshandlungen hat die Landesregierung Anfang Dezember einen Winterabschiebestopp beschlossen. Daneben stand die Situation in den Erstaufnahmestellen im Zentrum der Arbeit. Sowohl Eisenberg und Suhl arbeiten seit Monaten an der Kapazitätsgrenze. Deshalb haben wir verschiedene Immobilien im Land geprüft und uns schließlich für das ehemalige Berufsschulzentrum in Gera-Liebschwitz als Zweigstelle von Eisenberg entschieden. Und darüber hinaus laufen die Vorbereitungen für den Flüchtlingsgipfel am 23. April auf Hochtouren.

Wann würden Sie von "gelungener Integration" sprechen? Was verstehen Sie unter Integration?

Integration ist ein grünes Schlüsselthema und fußt bei uns auf vier Säulen: Förderung politischer Teilhaberechte, Förderung des Spracherwerbs als wesentliches Element gesellschaftlicher Teilhabe, Gerechtigkeit in Bildungswesen und Arbeitsmarkt als

Voraussetzung von Chancengleichheit und Gewährleistung des Grundrechts auf Gleichheit und auf Schutz vor Diskriminierung. Das wären die wichtigsten Maßstäbe für das Gelingen.

Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation der Migranten in Thüringen ein?

Nehmen wir meine Antwort auf die vorige Frage, wird deutlich, dass es eine Menge zu tun gibt. Aber ich bin da sehr optimistisch, wenn ich sehe, wie viele Initiativen es inzwischen gibt, die sich in diesem Bereich engagieren. Auch am ZIM konnte ich ja schon sehen, was alles geleistet wird. Daher würde ich sagen: Wir müssen nach vorn schauen und alle Potenziale nutzen, um eine tatsächliche Willkommenskultur aufzubauen.

Werden Migranten ausreichend bei der Integration unterstützt?

Was können Gesellschaft und Politik hier tun, damit Integration gelingt?

Wie gesagt, es gibt viele Angebote – institutionelle und ehrenamtliche. Da ist sicher immer noch mehr wünschenswert. Aber für noch entscheidender halte ich es, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Integration als etwas Positives, ja Entscheidendes sieht. Und da sind über die Landespolitik und die Kommunen hin zu den Trägern der Sozialarbeit und privaten Initiativen alle gefordert.

Welche Erlebnisse und Erfahrungen haben Sie?

Trotz teils schwieriger Diskussionen beeindruckt mich das Engagement, mit dem die Herausforderungen überall angegangen werden. Die Hilfsbereitschaft ist groß. Aber mit fällt auf, dass es viele offene Fragen und zu wenig Koordination gibt. Ich hoffe, dass der Flüchtlingsgipfel da erste Impulse gibt.



AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Welche Themen sind Ihnen persönlich wichtig? Worauf legen Sie besonderen Wert?

Für mich steht noch vor den Arbeitsmöglichkeiten und den persönlichen Kontakten, die ich für zentral halte, der Spracherwerb an erster Stelle. Beim Verein Kindersprachbrücke in Jena habe ich Kinder getroffen, die nach nur einem halben Jahr fließend Deutsch sprechen konnten. Deshalb sind Kurse, aber auch alle Gelegenheiten zur Anwendung der Kenntnisse, essentiell.

Und wo sehen Sie Handlungsbedarf? Was könnte man ändern?

Ich denke, die Asylverfahren müssten schneller gehen. Das Bundesamt strebt inzwischen drei Monate an. Das halte ich für einen richtigen Schritt. Zudem sollte der Zugang zum Arbeitsmarkt weiter erleichtert werden.

Nennen Sie die drei häufigsten Probleme in Ihrer Arbeit.

Probleme sind dazu da, dass sie gelöst werden. Da tauchen immer wieder neue auf, andere erledigen sich. Für mich persönlich ist es am herausforderndsten, dass viele Dinge sehr lange brauchen, bis sie endlich laufen. Da muss ich Geduld lernen, möchte aber auch Wege finden, die Prozesse zu beschleunigen.

Wie sieht Ihrer Einschätzung nach die Zukunft der Migrantinnen in Thüringen aus?

Es ist offenkundig: Ohne Einwanderung stünde Deutschland heute wirtschaftlich und kulturell um einiges ärmer da. Und klar ist auch, dass Deutschland ohne bessere Einwanderungsbedingungen die Herausforderungen des demografischen Wandels und Fachkräftemangels kaum lösen kann. Thüringen ist da keine Ausnahme, im Gegenteil: manche Entwicklungen sind hier noch drängender. Deshalb sehe ich viele Chancen für Menschen aus anderen Ländern.

Welche drei Wünsche haben Sie für die Zukunft?

Zunächst, dass die Gründe, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen, wie Krieg oder Not, effektiv bekämpft werden. Dann, dass wir bald ein Einwanderungsgesetz bekommen, das Deutschland für Zuwanderer attraktiv macht. Und schließlich, dass die Menschen bei uns willkommen geheißen werden.

Wir bedanken uns herzlich bei Herrn Lauinger, für die Bereitschaft für ein Interview zur Verfügung zu stehen.
Quelle: Zentrum für Integration

NEU IN THÜRINGEN

Servie-Stelle „VIELFALT_unternehmen“

Um den aktuellen demografischen Entwicklungen aktiv zu begegnen, müssen Unternehmen ihre Personalstrategien (auch) auf die wachsende Vielfalt in der Gesellschaft einstellen. Neben einer vielfaltsorientierten Unternehmenskultur umfasst dies insbesondere eine stärkere Beachtung von hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund bei

Stellenbesetzungen sowie die Fachkräfteanwerbung im Ausland.

Das Teilprojekt Servicestelle "VIELFALT_unternehmen" im IQ Netzwerk Thüringen wird Unternehmen in diesen Prozessen aktiv unterstützen und ist eine zentrale Anlaufstelle für Thüringer Unternehmen bei Fragen zur interkulturellen Öffnung. Das Angebot der Servicestelle richtet sich an Thüringer Unternehmen, die Migrantinnen und Migranten eingestellt haben, einzustellen beabsichtigen und/oder vielfaltsorientierte Unternehmens- und Personalstrategien in ihren Unternehmen implementieren möchten sowie an Migrantinnen und Migranten, die Zugang zu Unternehmen suchen.

- Wir informieren Geschäftsführungen und Personalverantwortliche von Thüringer Unternehmen, die ausländische Fachkräfte einstellen möchten, zu rechtlichen und organisatorischen Fragen sowie zu Qualifizierungsangeboten.
- Wir begleiten und unterstützen Unternehmen dabei, innerbetriebliche Vielfalt zu gestalten und Verschiedenartigkeit wertzuschätzen.
- Wir fördern die Verbreitung von "Guten Beispielen" zu interkulturell orientierter Personalarbeit und werben für die "Charta der Vielfalt".
- In Kooperation mit dem Projekt "MINT-Brücke" ermöglichen wir ausländischen Akademikerinnen und Akademikern aus MINT-Berufen ein Praktikum in Thüringer Unternehmen.

WIR SIND FÜR SIE DA:

Service-Stelle, "VIELFALT_unternehmen"

Projektlaufzeit: 2015-2018

c/o IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH

Lossiusstraße 1, 99094 Erfurt

Mandy Seidel, Antje Schmerbauch

T: +49 361 6531658

Email: info@iw-thuringen.de, www.iw-thuringen.de

www.thuringen.netzwerk-iq.de

Qualifizierung für Akademiker in Weimar

Mit dieser Brückenmaßnahme werden Qualifizierungsmodule für Akademiker/innen mit Migrationshintergrund und ausländischem Hochschulabschluss im MINT-Bereich (Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, Technologie) entwickelt und durchgeführt.

Im Förderzeitraum (2015-2018) werden vier neunmonatige Kurse durchgeführt. In den Kursen wird die Qualifizierung auf den Ingenieurbereich allgemein fokussiert. Es werden allgemein berufsfachliche Module, Soft Skills aber auch die Fachsprache im Ingenieurbereich trainiert.

Die Qualifizierungsmaßnahme wird durch die KNOTEN WEIMAR GmbH organisiert, durchgeführt und betreut und findet in Weimar an der Bauhaus-Universität Weimar statt. Anfragen/Bewerbungen

Die Teilnahme ist unabhängig von der Nationalität, vom Alter und der Dauer der Erwerbslosigkeit. Die Teilnahme erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Bereich des IQ-Netzwerkes.

Kontakt: KNOTEN WEIMAR GmbH, Carola Westphalen, Tel. 03643/584645, knoten.weimar@bionet.net

Quelle: KNOTEN WEIMAR GmbH

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Deutschland: Verfassungsgericht kippt Kopftuchverbot

Ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen ist nicht mit der Religionsfreiheit vereinbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht am 13. Februar im Fall zweier deutscher Musliminnen entschieden, die gegen das Verbot in Nordrhein-Westfalen geklagt hatten. Das Gericht korrigierte damit sein Urteil von 2003, das den Ländern den Erlass genereller Kopftuchverbote erlaubte. Es begründete die jetzige Entscheidung damit, dass das pauschale Verbot, als Lehrerin ein Kopftuch zu tragen, einen Eingriff in die Berufsfreiheit und Gleichberechtigung von Frauen darstelle. Dadurch würden vor allem muslimische Frauen von der Ausübung einer pädagogischen Tätigkeit abgehalten. Um ein individuelles Kopftuchverbot künftig zu rechtfertigen, muss eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität belegt und begründet werden. Das Gericht erklärte zudem eine zweite Klausel für verfassungswidrig, mit der Darstellungen „christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte“ ausdrücklich von dem bisherigen Verbot ausgenommen wurden. Damit werden Symbole aller Religionen zukünftig an Schulen gleichgestellt und eine Privilegierung christlicher und jüdischer Symbole wie Kreuz oder Kippa ausgeschlossen. Die Entscheidung betrifft insgesamt acht Bundesländer, in denen entsprechende Verbotsgesetze gelten.

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2015

Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden kaum gefördert

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) schätzt, dass 2015 rund 160.000 Asylsuchende Anspruch auf Beratung und Unterstützung haben. Asylbewerber dürfen inzwischen bereits nach drei statt nach bislang neun Monaten arbeiten. Die gezielte Förderung der Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern fällt bislang allerdings gering aus, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen hervorgeht. Demnach wurden 2014 im Rahmen des speziell für Asylbewerber aufgelegten Modellprojekts der Bundesagentur für Arbeit „Jeder Mensch hat Potenzial“ deutschlandweit nur rund 500 Personen betreut. Die Grünen-Expertin für Flüchtlingspolitik, Luise Amtsberg, kritisierte zudem, dass nur für etwa die Hälfte der Programmteilnehmer ein Platz in einem Sprachkurs angeboten werde und sie sich somit schlecht auf das Arbeitsleben in Deutschland vorbereiten könnten. Die Bundesregierung räumt in ihrer Antwort ein, dass das Sprachkursangebot derzeit nicht ausreicht. Im Hinblick auf die Arbeitsmarktförderung von Asylbewerbern betont sie, dass das Projekt keine spezialisierte Betreuung aller Asylbewerber an den Projektstandorten sicherstellen solle. Stattdessen richte es sich speziell an Fachkräfte, die frühzeitig an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen.

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2015

Broschüre: Willkommen in Deutschland jetzt in 13 Sprachen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bietet in einer aktualisierten Broschüre "Willkommen in Deutschland" nun in 13 verschiedenen Sprachen viele praktische Hinweise für das Leben und Arbeiten in Deutschland und hat sich seit ihrem ersten Erscheinen im Jahre 2005 als zentrales Informationsangebot für (Neu-)Zuwanderer etabliert. Der Ratgeber bietet auf 130 Seiten Wissenswertes für den privaten und beruflichen Neustart in Deutschland. Bislang erschien "Willkommen in Deutschland" auf Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, und Türkisch. Um noch weitere Zuwanderungsgruppen mit dem Informationsangebot zu erreichen, wurde die Broschüre zusätzlich ins Bulgarische, Griechische, Italienische, Portugiesische, Rumänische und Spanische übersetzt.

[Zum Download der Broschüre](#)

Quelle: Verband binationaler Familien und Partnerschaften - iaf-newsletter nr. 23

Statistisches Bundesamt: Neuste Familiendaten

Das Statistische Bundesamt gibt alle drei Jahre eine Sonderauswertung des Mikrozensus heraus. Im Jahr 2013 gab es in Deutschland 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. Davon hatten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) gut 2,5 Millionen Familien einen Migrationshintergrund. Das heißt, mindestens ein im Haushalt lebender Elternteil besitzt eine ausländische Staatsangehörigkeit, hat die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten oder ist Spätaussiedler. Somit hatte fast jede dritte Familie (31 %) ausländische Wurzeln. Das zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Deutschland. Im Vergleich zu 2005 – hier wurde erstmals der Migrationsstatus im Mikrozensus abgefragt – hat sich die Zahl der Familien mit Migrationshintergrund um 131 000 erhöht (2005: rund 2,4 Millionen). Der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund an allen Familien betrug damals 27 %. Die Gesamtzahl der Familien mit minderjährigen Kindern ist im Vergleich zu 2005 hingegen gesunken, und zwar um 837 000. Damals gab es noch 8,9 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern in Deutschland. Quelle: Verband binationaler Familien und Partnerschaften - iaf-newsletter nr. 23

Fakten-Check zu islam- und einwanderungsfeindlichen Thesen in englischer Sprache

Der Mediendienst hat vor Kurzem Thesen und Argumente von Einwanderungsgegnern einem Fakten-Check unterzogen. Der Fakten-Check des Mediendienst Integration zu islam- und einwanderungsfeindlichen Thesen in Deutschland sind jetzt auch in englischer Sprache verfügbar. Das Dossier dazu finden Sie hier: [Zum Dossier](#)
Quelle: Verband binationaler Familien und Partnerschaften - iaf-newsletter nr. 23

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Neuregelung der Optionspflicht in Kraft

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr bis spätestens zum 23. Geburtstag zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden („Optionspflicht“). Stattdessen können sie beide Staatsangehörigkeiten behalten, wenn sie einen Schulabschluss in Deutschland, einen Schulbesuch von mindestens sechs Jahren oder eine Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren nachweisen können. Die am 20. Dezember 2014 in Kraft getretene Neuregelung ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD. Diejenigen Personen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit nach altem Recht verloren haben, können einen Antrag auf Wiedereinbürgerung stellen. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge profitieren schätzungsweise 500.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von der Neuregelung.

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2015

Berlin-Institut: Studie zur Versorgung auf dem Land

Das größte Potential für eine erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels auf dem Land liegt in den ländlichen Räumen selbst. Dies zeigt die qualitative Studie „Von Hürden und Helden“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Die am 14. Januar präsentierten Ergebnisse umfassen unter anderem 37 Beispiele zur besseren Gestaltung des demografischen Wandels in schrumpfenden Regionen. Gesundheitliche Versorgung durch rollende Arztpraxen (Landkreis Wolfenbüttel), private Rund-um-die-Uhr-Kitas (Schwedt), Bürgerbusse in Brandenburg oder der Einsatz von Kleinkläranlagen in Thüringen sind praktische Beispiele, wie dem demografischen Wandel auf dem Land schon jetzt begegnet wird. Da rechtliche oder berufsständische Bestimmungen innovative Ansätze wie dezentrale ärztliche Dienstleistungen oftmals verhindern würden, sprach sich der Leiter des Berlin-Instituts Reiner Klingholz für weniger Regulierung und mehr Flexibilität aus.

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2015

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF):

Neuer Migrationsbericht erschienen

Deutschland hat als weltoffenes Land auch im Jahr 2013 weiter an Attraktivität gewonnen und ist mittlerweile nach den Vereinigten Staaten das zweitbeliebteste Zielland von Migranten weltweit. Zuwanderung ist für Deutschland von wachsender Bedeutung, insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel und die Gewinnung von Fachkräften. Dies zeigt der heute veröffentlichte Migrationsbericht, der einen umfassenden Überblick über das

Migrationsgeschehen des Jahres 2013 gibt.

Immer mehr Menschen wählen Deutschland als neuen Lebensmittelpunkt: 2013 ist die Zahl der Menschen, die nach Deutschland zuwandern, erneut gestiegen.

Auch die Fortzüge sind gewachsen, bleiben jedoch deutlich unter den Zuzügen. Insgesamt sind 429.000 Personen mehr nach Deutschland zu- als abgewandert. Der Wanderungsüberschuss ist damit der höchste seit dem Jahr 1993.

Die Zuwanderung nach Deutschland ist mehrheitlich europäisch: Die EU-Binnenmigration macht mittlerweile 58 Prozent des gesamten Zuwanderungsgeschehens nach Deutschland aus. Auch 2013 war Polen das Hauptherkunftsland und steht damit seit 1996 ununterbrochen auf Platz 1. Weiter angestiegen ist die Zuwanderung aus den zum 1. Januar 2007 zur EU beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien sowie aus den von der Finanzkrise besonders betroffenen südeuropäischen EU-Staaten Italien und Spanien. Die Zahl der Zuzüge aus Kroatien, das im Jahr 2013 der EU beigetreten ist, hat sich nahezu verdoppelt.

Eine erneute, starke Zunahme war bei der Zahl der Asylanträge festzustellen. Im Jahr 2013 wurden fast 110.000 Asylerstanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt, ein Anstieg um 70 Prozent im Vergleich zu 2012. Nimmt man die Folgeanträge hinzu, haben im Jahr 2013 rund 127.000 Menschen Asyl in Deutschland beantragt. Die Bundesrepublik ist damit in der Europäischen Union der Mitgliedstaat, in dem die meisten Asylanträge gestellt wurden. Diese Entwicklung setzte sich verstärkt auch im Jahr 2014 fort.

Fachkräftezuwanderung bleibt für Deutschland ein wichtiges Thema. Die Zuwanderung von Fachkräften aus den Ländern außerhalb der EU erreichte 2013 etwa das Niveau des Vorjahres. Hauptherkunftsländer waren Indien, die Vereinigten Staaten, Bosnien-Herzegowina und China. Zudem sind im Jahr 2013 mit 86.000 mehr ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen, um an einer Hochschule ein Studium zu beginnen, als jemals zuvor.

Der Migrationsbericht wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung erstellt. Zur Veröffentlichung des Berichts 2013 sagte der Präsident des Bundesamts, Dr. Manfred Schmidt, heute:

"Zuwanderung ist wichtig für Deutschland und wird es bleiben. Sie stellt uns aber vor unterschiedliche Herausforderungen, die wir aktiv angehen müssen. Dazu gehört auch, dass wir noch besser erklären, warum wir Zuwanderung brauchen. Wenn wir Deutschland langfristig als Lebensstandort für Menschen aus anderen Ländern attraktiv machen wollen, müssen wir nicht nur noch aktiver für Deutschland werben, sondern auch den Begriff der Willkommens- und Anerkennungskultur ganz konkret mit Leben füllen." Den Migrationsbericht in voller Länge können Sie in der rechten Spalte als PDF herunterladen. Weitere Forschungsergebnisse finden Sie in der rechten Spalte unter "Links".

Quelle: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20150121-migrationsbericht-2013.html>

NEUIGKEITEN DER EU

Eurobarometer-Umfrage: Deutsche sehen Einwanderungspolitik als wichtigste EU-Aufgabe

Wirtschaftliche und militärische Krisen sowie mit Gewalt ausgetragene Konflikte haben zigtausende Menschen weltweit zu Flüchtlingen gemacht. Viele von ihnen suchen Schutz in der EU. Der Umgang mit Flüchtlingen und Einwanderern ist die wichtigste Herausforderung, vor der die EU derzeit steht, meint die Mehrheit der Deutschen laut einer Eurobarometer-Umfrage im Auftrag der EU-Kommission. 37 Prozent äußerten sich entsprechend, das sind neun Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Befragung. Als zweitwichtigste Herausforderung (36 Prozent) nannten die Deutschen die Konsolidierung der Finanzen in den Mitgliedstaaten. Damit heben sie sich vom EU-Durchschnitt ab, denn europaweit wird die wirtschaftliche Lage als größte Herausforderung genannt (33 Prozent), gefolgt von der Arbeitslosigkeit (29 Prozent). Einwanderern aus anderen EU-Staaten steht die Hälfte der befragten Deutschen aufgeschlossen gegenüber, und 76 Prozent finden es gut, dass jeder EU-Bürger im Mitgliedsland seiner Wahl leben und arbeiten darf. Dieser Wert liegt noch einige Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Selbst jene Deutschen, die ein negatives Bild von der EU haben, sind zu 54 Prozent dafür, dass sich Unionsbürger überall innerhalb der Gemeinschaft niederlassen dürfen. Migration von außerhalb der EU sehen dagegen 61 Prozent der Deutschen kritisch, und 45 Prozent sind dafür, illegale Einwanderung auf europäischer und nationaler Ebene gleichzeitig zu bekämpfen. Die Umfrage macht deutlich, dass die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker mit den Prioritäten, die sie sich für ihre Arbeit gesetzt hat, auf die Themen eingeht, die Menschen in Deutschland und der ganzen EU bewegen. Zu den angekündigten Arbeitsschwerpunkten gehören:

- > Eine neue Einwanderungspolitik.
- > Eine gemeinsame Energiepolitik (Energieunion).
- > Aufbau des Digitalen Binnenmarkts (u.a. besserer Daten- und Verbraucherschutz).
- > Ein faireres Steuerkonzept (Kampf gegen Steuerumgehung und -betrug).
- > Mehr Investitionen.

Energieunion: 82 Prozent der befragten Deutschen und 73 Prozent aller EU-Bürger unterstützen die Ziele der Kommission, die Energieversorgung sicherer zu machen, die nationalen Energiemärkte besser zu verbinden, den Energieverbrauch zu drosseln und die Energieerzeugung umwelt- und klimafreundlicher zu machen. Höchste Priorität hat für die relative Mehrheit der Deutschen (43 Prozent) dabei die Sicherung vertretbarer Energiepreise.

Digitaler Binnenmarkt: 89 Prozent der Deutschen und 79 Prozent der EU-Bürger glauben, dass die EU den Daten-

Deutschen meinen, das Thema werde derzeit noch unterschätzt. Steuerpolitik: 92 Prozent der Deutschen und 86 Prozent der EU-Bürger sind für schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen.

Wachstumsstrategie: Die Mehrheit der Befragten stimmt den Wachstumszielen zu, die sich die EU bis 2020 gesetzt hat und hält sie für realistisch. Dazu gehört etwa die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Noch unentschieden sind die Deutschen in der Frage, ob die EU ein Freihandelsabkommen mit den USA (ttip) schließen soll. Fast gleich viele Befragte waren dafür wie dagegen (39 zu 41 Prozent), während 20 Prozent noch keine Meinung haben. EU-weit sind 58 Prozent für ein solches Abkommen. Bild der EU wird positiver eine wachsende Zahl von Europäern sieht die EU positiv. 38 Prozent der Deutschen (zwei Prozentpunkte mehr als zuletzt) und 39 Prozent der EU-Bürger (vier Prozentpunkte mehr) äußerten sich entsprechend. Sie glauben etwa, dass die EU bei der Bewältigung globaler Bedrohungen und Herausforderungen hilft (das sagen 62 Prozent der Deutschen) und die Lebensqualität in Europa verbessert (54 Prozent). Persönlich bedeutet die EU für die meisten Deutschen (58 Prozent) vor allem die Freiheit, in allen Mitgliedstaaten reisen, studieren und arbeiten zu dürfen. Kritisiert wird an der EU häufig, dass es noch zu viel Bürokratie gebe. Gefragt nach der größten Errungenschaft der EU, nennt die Hälfte der Deutschen den Frieden unter den Mitgliedstaaten. 42 Prozent sehen den freien Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen als größte Errungenschaft an.

Informationen unter: http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13102_de.htm

Quelle: EU-Nachrichten 03 | 19.02.2015

Identifikation durch persönlichen Kontakt

Immerhin 44 Prozent der befragten Deutschen haben im vergangenen Jahr einen Menschen aus einem anderen EU-Land getroffen und so persönliche Erfahrungen im grenzüberschreitenden Austausch gemacht. Ein anderes EU-Land besuchten 22 Prozent der Deutschen, 16 Prozent lasen ein Buch, ein Magazin oder eine Zeitung in fremder Sprache und 11 Prozent kauften per Internet in einem anderen Mitgliedstaat ein.

Erstes Europäisches Migrationsforum

Ende Januar 2015 fand in Brüssel das erste Europäische Migrationsforum (EMF) statt, eine von der EU-Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gemeinsam organisierte Plattform zum Dialog mit der Zivilgesellschaft. Im Mittelpunkt standen Workshops zu Fragen wie dem Zugang zum Asylverfahren an den Grenzen, die Bekämpfung der Schleusungskriminalität sowie die Verbreitung von Informationen in den Herkunfts- und Transitstaaten.

Quelle: EU KOMP@KT 3-2015

NEUIGKEITEN DER EU

Sprachenvielfalt in Europa

Das Europäische Parlament (EP) setzt sich dafür ein, die Sprachenvielfalt als wichtiges kulturelles Erbe in Europa zu schützen. Die EU hat 24 offizielle Sprachen und es gibt mehr als 60 Sprachen, die nur in bestimmten Regionen oder von Minderheiten gesprochen werden. Anlässlich des Internationalen Tags der Muttersprache am 21. Februar 2015 hat das EP ein Sprachenquiz online gestellt.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150217STO24620/html/Inter-nationaler-Tag-der-Muttersprache-Sprachenvielfalt-in-Europa>

Europäische Migrationsagenda

Die EU-Kommission hat am 4. März 2015 angekündigt, dass die Europäische Migrationsagenda auf Mai 2015 vorgezogen werden und sich auf vier Kernbereiche konzentrieren soll. Dabei soll das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) dazu genutzt werden, die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu überwinden. Zudem soll eine Überprüfung der „Blue-Card“-Richtlinie“ erfolgen, um Fachkräfte zu gewinnen. Weiter verweist die Kommission darauf, dass sie irreguläre Migration und Menschenhandel konsequent bekämpfen will. Dazu will sie ein Maßnahmenpaket erarbeiten, das auf bestimmte prioritäre Länder und Routen abstellt. Genutzt werden sollen dabei auch Rückübernahmeabkommen und Kooperationsrahmen. Verbessert werden soll auch die Sicherung der Außengrenzen. In der Diskussion ist dabei, die Haushaltsmittel für die EU-Grenzschutzagentur Frontex aufzustocken. Die EU-Außenbeauftragte Mogherini kündigte an, dass sich die EU-Außenminister bei ihrem nächsten Treffen am 16. März 2015 ebenfalls mit dem Thema befassen werden.

Quelle: EU KOMP@KT 4-2015

Mehr Hilfe für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat am 19. Februar 2015 angekündigt, dass die Frontex-Operation „Triton“ bis mindestens Ende 2015 verlängert wird. Italien erhält zusätzlich zu den mehr als 500 Mio. Euro für den Zeitraum 2014-2020 eine Soforthilfe in Höhe von 13,7 Mio. Euro, die aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) finanziert wird. Deutschland, das in diesem Zeitraum 208,42 Mio. Euro erhält, bekommt zusätzlich 7,034 Mio. Euro. Damit sollen Kapazitäten für rund 8.500 Asylbewerber geschaffen und die Asylverfahren durch zusätzliche Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen beschleunigt werden. Die Befugnisse und finanziellen Mittel der EU-Grenzschutzagentur Frontex und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen wurden vom EU-Parlament am 11. Februar 2015 mit dem Rat und der EU-Kommission diskutiert. Dabei wurden u.a. ein verbessertes Management der Migrationsbewegungen, eine verstärkte Überwachung der EU-Außengrenzen, die Rettung von Migranten in Seenot und die Unterstützung für Mitgliedstaaten, deren Asyl- und Aufnahmesysteme unter

besonderem Druck stehen, gefordert.

Quelle: EU KOMP@KT 4-2015

Empfehlungen gegen Asylmissbrauch

Die EU-Kommission hat am 25. Februar 2015 ihre Bewertung der Visumsfreiheit für Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien vorgelegt. Danach stieg die Anzahl der Asylanträge allein im vergangenen Jahr um 40%, während gleichzeitig die Anerkennungsquote kontinuierlich sank (z.B. Serbien: 2,7%). Um die Regelung über das visumfreie Reisen weiterhin aufrecht zu erhalten, werden Vorschläge zur Behebung der Ursachen in den Herkunftsländern und zur Eindämmung des Missbrauchs in den Zielländern gemacht. So könnten die Asylverfahren verkürzt, Geldleistungen eingeschränkt und Informationskampagnen in Zusammenarbeit mit lokalen Nichtregierungsorganisationen und Behörden durchgeführt werden. Außerdem soll der Informationsaustausch durch Verbindungsbeamte erleichtert werden.

Quelle: EU KOMP@KT 4-2015

Einwanderung— Meinungsumfrage

In der am 19. Februar 2015 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage haben 37% der befragten Deutschen angegeben, dass Migration die größte Herausforderung sei. Mehr als die Hälfte der EU-Bürger (52%, Deutschland 50%) begrüßen die Einwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten. 76% der Deutschen und 72% der Europäer finden es gut, dass jeder EU-Bürger in jedem EU-Land leben kann. Einwanderern aus Drittstaaten stehen nur 29% der Deutschen und 35% der Europäer positiv gegenüber, während 61% der Deutschen und 57% der Europäer sie ablehnen.

Quelle: EU KOMP@KT 4-2015

Rat Justiz und Inneres

Der Rat Justiz und Inneres hat sich am 12./13. März 2015 u.a. mit den Themen Migration, Terrorismusbekämpfung, Erweiterung des Schengen-Raums (Bulgarien und Rumänien), sowie dem Fahrplan der griechischen Regierung zu Asylfragen beschäftigt. Kernthema der Justizminister war die Datenschutz- Grundverordnung, bei der partielle allgemeine Ausrichtungen zum einheitlichen Ansprechpartner („one stop shop“) sowie den Grundsätzen des Datenschutzes erreicht wurden. Weiter standen die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Richtlinie über vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls und die Verordnung betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (EUROJUST) auf der Tagesordnung.

Quelle: EU KOMP@KT 5-2015

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

BÜCHER

Britta Marschke / Heinz Ulrich Brinkmann (Hrsg.): **„Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...“** - Alltagsrassismus in Deutschland, Münster etc.: LIT Verlag, 2015, ISBN: 978 - 3 - 643 - 12087 - 8

Alltagsrassismus ist eine subtile Form des Rassismus. Das Buch befördert ein Bewusstsein für alltägliche Diskriminierungen und Benachteiligungen von Menschen, die aufgrund ihres Aussehens als Fremde angesehen werden. Im ersten Teil des Buches werden wissenschaftliche Grundlagen zu Alltagsrassismus erläutert. Zudem werden Diskriminierungsbereiche – Bildung, Ausbildung, Arbeit, Wohnen, Medien – einzeln dargestellt. Im zweiten Teil berichten migrantische Prominente über persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung und ermöglichen einen Einblick über Ausmaß und Auswirkungen von Alltagsrassismus.

Quelle: Dr. Heinz Ulrich Brinkmann

Andrea Di Nicola / Giampaolo Musumeci: **Bekenntnisse eines Menschenhändlers. Das Milliardengeschäft mit den Flüchtlingen.** Verlag A. Kunstmann 2015 (ab 11.2.). 18,95 €. ISBN 978-3-95614-029-7. Mit Flüchtlingen überladene Fischerboote und überfüllte Auffanglager prägen unser Bild illegaler Immigration. Hinter den Menschenströmen, die jedes Jahr nach Europa gelangen, steht ein Netzwerk von Schleppern, Schleusern und hochprofessionellen Geschäftsleuten. Die Autoren haben entlang der Haupttrouten illegaler Einwanderung recherchiert und lassen Anwerber, Skipper, Vermieter illegaler Unterkünfte und Geldhändler

selbst sprechen. Anhand dieser Augenzeugenberichte legen sie die Funktionalitäten dieser Schattenwelt offen. www.kunstmann.de

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück/Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):

Lifestyle Migration. Kurzdossier Nr. 27. Focus Migration. Dezember 2014. Autor: Karen O'Reilly. ISSN 1864-5704. Der Begriff „Lifestyle Migration“ wird verwendet, um die Migration von vergleichsweise wohlhabenden Personen an Orte zu beschreiben, von denen sie sich die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung oder eine höhere Lebensqualität versprechen. Zum Massenphänomen wurde diese lebensstilorientierte Migration in den 1990er Jahren, als zahlreiche Briten und später auch andere Europäer an Spaniens Küsten zogen. Das Kurzdossier beschreibt unterschiedliche Formen von Lifestyle Migration und fragt nach Rahmenbedingungen und möglichen Folgen dieser Wanderungsbewegungen. Kostenlos abrufbar unter www.bpb.de.
Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2015

Broschüre: „Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge in Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen“

Laut UNICEF ist jeder dritte nach Deutschland einreisende Flüchtling ein Kind oder Jugendlicher. Schätzungsweise 65.000 Flüchtlingskinder leben mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Viele dieser Kinder besuchen deutsche Schulen, Kindergärten oder werden stundenweise in anderen Einrichtungen teilweise auch von ehrenamtlichen Mitarbeitern betreut. Der Wunsch, diese Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu unterstützen, ist groß. Ebenso groß ist bei vielen die Unsicherheit wie sie diesen Kindern begegnen sollen. Dafür gibt es kein Patentrezept. Es gibt nicht „die Flüchtlingskinder“. Jedes Kind, jeder Jugendliche ist anders, die Hintergründe und Schicksale unterscheiden sich sehr. Aber es gibt Informationen über die Auswirkungen von Trauma, Trauer und dem Leben in einer fremden Kultur, die helfen können die Kinder und Jugendlichen besser zu verstehen.

Die neue 38-seitige Broschüre möchte dieser Unsicherheit entgegenwirken. Sie bietet Hintergrundinformation über Trauer, Trauma und den Schwierigkeiten vom Leben in einer fremden Kultur. Praktische Beispiele sollen Lehrkräften, Erzieher/innen und Mitarbeitern anderer Einrichtungen helfen diese Kinder und Jugendlichen besser zu verstehen und zu unterstützen.

Der Ratgeber eignet sich als Informationsmaterial für Schulen, Kindergärten, Tageseinrichtungen, Vereine, Ärzte und Ehrenamtliche die mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen arbeiten u.v.m.

Kontakt:

Zentrum für Trauma- und Konfliktmanagement (ZTK) GmbH
Clemensstr. 5-7, 50676 Köln

<http://www.ztk-koeln.de/info-broschueren/broschuere-fluechtlingskinder-und-jugendliche-fluechtlinge-in-schulen-kindergaerten-und-freizeiteinrichtungen/>

Quelle: ZTK Köln

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund - IB Mitte gGmbH
Projekt TOBZ

Rosa-Luxemburg-Str. 50
99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds
und durch das Thüringer Innenministerium

